

DKP Ruhr-Westfalen

INFO

des Bezirksvorstands

Ausgabe Mai 2008

Hrsg.: Sekretariat des Bezirksvorstand
der DKP Ruhr Westfalen
Hoffnungstr. 18
45125 Essen
Tel.: 0201/ 22 51 47
E-mail: vorstand@dkp-ruhr-westfalen.de

Heraus zum 1. Mai! Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Die Herrschenden würden ihn am liebsten abschaffen, bei den Gewerkschaftsführungen ist er großenteils längst zum Freizeitritual verkommen: der 1. Mai. Welchen Stellenwert hat der Kampftag der Arbeiterklasse für uns? Was haben wir zu seiner Gestaltung einzubringen?

Zur Orientierung auf einen kämpferischen, roten 1. Mai jetzt und in Zukunft gehört auch die Erinnerung an den braunen 2. Mai 1933, als die Faschisten die Gewerkschaftshäuser stürmten und sich keine Hand mehr rührte, um den ADGB zu verteidigen, der nach 1929 Brünnings und Papens Kurs des Lohn- und Sozialraubes kampflos hingenommen hatte. Auch vor diesem Hintergrund sind vor allem zwei aktuelle Entwicklungen zu bewerten: das Ergebnis der Tarifrunde im öffentlichen Dienst und das Plattmachen von Nokia in Bochum.

Bei Nokia wurden ohne ernsthafte Kampfmaßnahmen der IGM 200 Mio. € für „den teuersten Sozialplan der letzten 50 Jahre“ zugestanden. Davon gehen noch einmal 15 Mio. € für eine Transfergesellschaft ab, von der niemand weiß, wer der Träger ist und wie sie arbeiten wird – bleiben 185 Mio. € für die Belegschaft von ca. 2.100 Beschäftigten (ca. 300 werden mit der Automotive-Sparte übernommen). Macht durchschnittlich ca. 88.000 € pro Kopf, von denen niemand weiß, nach welchen Kriterien sie verteilt werden und ob nicht die Beschäftigten aus den unteren Lohngruppen nur Almosen bekommen, die obendrein noch zu versteuern sind. Vor allem aber sind die Arbeitsplätze unwiderruflich weg. Wie viel wäre herauszuholen gewesen, wenn IGM und Betriebsrat vom ersten Tag an auf Kampf und nicht auf Demutsgesten orientiert

hätten? Gerade angesichts einer größeren öffentlichen Sensibilisierung für die Kahlschlagpolitik der Großkonzerne und einer gewachsenen Akzeptanz gewerkschaftlicher Forderungen und Kämpfe wurde hier auf Jahre hinaus eine große Chance vertan. Wir haben als Partei versucht, der Belegschaft praktische und inhaltliche Unterstützung zu geben, aber letztlich muss der Kampf um Standorte von den betroffenen Belegschaften und ihren Gewerkschaften und Betriebsräten gewonnen werden.

Der verdi-Tarifabschluss für Bund und Kommunen wurde zwischenzeitlich von ca. 75 % der Mitglieder in einer Mitgliederbefragung angenommen. Die Einschätzung dieses Abschlusses stand im Mittelpunkt der letzten Beratung des AK W+S-Politik am 13.04.

Tendenziell positiv bewertet wurden:

- Die Erhöhung der Einkommen kommt unter Einbeziehung von Sockelbetrag und Einmalzahlung nahe an das ursprüngliche Forderungsvolumen von 8 % heran. Die jahrelange Abkoppelung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Lohnentwicklung konnte in diesem Jahr durchbrochen werden. Bei derzeit 3 % Inflationsrate ist zumindest für 2008 ein Inflationsausgleich erreicht, evtl. noch etwas mehr. Ob die Erhöhung um weitere 2,8 % ab 01.01.2009 die künftige Inflation ausgleicht, ist allerdings offen.
- Der Sockelbetrag führt zu einer spürbaren Anhebung insbesondere unterer Einkommen. Darüber hinaus bedeutet er ein Durchbrechen der Orientierung der öffentlichen Arbeitgeber weg von der Bezahlung der Ware Arbeitskraft auf

„leistungsorientierte“ Entlohnung und einen Schritt weg von der falschen Orientierung im TVÖD, durch Niedriglöhne Ausgliederungen und Privatisierung abwenden zu können.

- Der weitere Ausbau der Leistungsentlohnung („Nasenfaktor“) konnte abgewehrt werden.
- Die Änderungen und Ergänzungen zum TVÖD werden nicht länger blockiert und die Überleitungsregelungen bleiben weiter in Kraft. Z. T. erhebliche Lohneinbußen für etliche Beschäftigte konnten somit verhindert werden.
- Die Ausbildungsentgelte steigen um 70 Euro.

Auf der Negativseite zu verbuchen sind:

- vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit auf 39 Stunden mit direkten Auswirkungen auf den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Perspektive befristeter Beschäftigter sowie die Übernahme bei Auszubildenden. Allein die Beschäftigten der Krankenhäuser behalten die 38,5-Stunden-Woche, bezahlen dafür allerdings mit materiellen Einbußen. Alle zur Tarifrunde gestellten Anträge zum verdi-Bundeskongress zielten auf eine Verkürzung der Arbeitszeit ab. Insofern stellt die jetzt vereinbarte Verlängerung einen Tabubruch und eine weitere Beschädigung der Glaubwürdigkeit von verdi dar. Allerdings hatten schon das Einknicken beim TVÖD („Meistbegünstigungsklausel“) und die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit im Jahre 2005 zu einer zerklüfteten Tariflandschaft in Bund, Ländern und Kommunen geführt. Seitdem gelten hier die verschiedensten Regelungen. Nur noch in vier Bundesländern, u. a. in NRW, galt für die kommunalen Beschäftigten die 38,5-Stunden-Woche. Von der Erhöhung auf 39 Stunden waren nun nicht mehr alle Beschäftigten betroffen. Allein gegen die Arbeitszeitverlängerung wäre ein Streik bei einem relativ achtbaren prozentualen Ergebnis aber kaum zu führen gewesen. Die Mehrheit der Bundestarifkommission stimmte dem Einigungsvorschlag zu, die Mitglieder aus NRW stimmten geschlossen dagegen.
- Von der errechneten prozentualen Erhöhung müssen 1,3 % abgezogen werden, denn die haben wir mit der Verlängerung der Arbeitszeit selbst bezahlt.
- Die lange Laufzeit des Vertrages (24 Monate) minimiert den optisch guten Abschluss auf ein kleines Reallohnplus und verhindert ein Zusammenführen mit der Tarifrunde der Länder.

- Tarifforderungen und Ergebnis blieben an die Finanzierbarkeit des Abschlusses gebunden. Die Argumentation für höhere Einkommen darf sich aber nicht aus den ökonomischen Möglichkeiten der öffentlichen Betriebe und Einrichtungen ableiten, sondern nur aus den Bedürfnissen der Mitglieder!
- Es ist nicht gelungen, die Auseinandersetzungen der großen Tarifrunden im öffentlichen Dienst, dem Einzelhandel und bei der Post zusammenzuführen.

Der verdi-Linken ist zuzustimmen, wenn sie als Schlussfolgerung aus dem Tarifabschluss fordert, außer einer „ungeschminkten“ Bewertung der Ergebnisse der Tarifrunde die innergewerkschaftliche Diskussion zu folgenden Themen zu führen:

- zur Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen
- zur Zusammenführung der Laufzeiten großer Tarifbereiche
- zur Notwendigkeit einer stärkeren Politisierung zukünftiger Auseinandersetzungen und
- zum demokratischen Selbstverständnis innerhalb der Organisation.

Schlussfolgerungen in der Diskussion im AK W+S-Politik waren u. a.:

- Nur die massiven Warnstreiks, erstmalig als echte Streiks und in einer ungewohnten Breite und unter Einbeziehung „neuer“ Bereiche wie z. B. der Flughäfen durchgeführt, haben zum Einlenken der Arbeitgeber geführt. In diesem Zusammenhang ist der Einfluss des erfolgreichen Lokführerstreiks nicht hoch genug einzuschätzen.
- Die Arbeitszeitfrage muss einen höheren Stellenwert in der gesamten Organisation bekommen, auch und gerade um das Erpressungspotential für künftige Tarifrunden zu verringern.
- Angesichts einer zunehmenden tarifpolitischen Zersplitterung wurde uns der Wert einheitlicher tariflicher Regelungen eindringlich vor Augen geführt.
- Die vorhandene Mobilisierung und Kampfbereitschaft wurde nicht genutzt, um die Kampffähigkeit der Gewerkschaft erlebbar zu machen. Damit wurde eine Chance vertan.
- Für die nächste Tarifrunde (und dies gilt schon für die kommende Tarifrunde im Bereich der Länder) gilt es, offensive materielle Forderungen (auch zur Arbeitszeitverkürzung!) aufzustellen und eine Laufzeit von höchstens 12 Monaten zu fordern.

- Vertieft werden müssen künftig die Bresche, die in das „Leistungsdenken“ geschlagen werden konnte, und die ansatzweise Verzahnung von Tarifbewegungen (Bahn, Einzelhandel, öffentlicher Dienst).
- Zu einer Zeit, in der ökonomische Krisenerscheinungen und Massenarbeitslosigkeit direkt auf Organisationskraft und Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften durchschlagen, wird es immer notwendiger, die abgewirtschaftete Stellvertreterpolitik Schritt für Schritt zu überwinden. Das setzt voraus, das gewerkschaftliche Selbstverständnis auf die Tagesordnung zu setzen und zu diskutieren: Warum und wofür organisiere ich mich? Welchen Einsatz muss ich für die eigenen Interessen einbringen?
- Angesichts drastisch steigender Lebensmittelpreise ist es mehr und mehr an der Zeit, auch in Vorbereitung des 1. Mai materielle Forderungen gerade im Interesse der Angehörigen der unteren Lohngruppen und der prekär Beschäftigten zu stellen.

Wir tun gut daran, mit dieser Orientierung die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen zu suchen – vor und nach dem 1. Mai. Alle auf die Straße – rot ist der Mai!

